

Präsident Johnson vor US-Kongreß: Im Geiste Kennedys weiter wirken

## „Wir stehen zu unseren Verpflichtungen von Südvietnam bis West-Berlin“

Alles, was ich habe, würde ich gerne dafür geben, wenn ich heute nicht hier stehen müßte.

Der größte Führer unserer Zeit ist durch die niederträchtigste Tat unserer Zeit niedergestreckt worden. Heute lebt John Fitzgerald Kennedy in den unsterblichen Worten und Werken, die er hinterlassen hat. Er lebt im Herzen und in der Erinnerung der Menschheit fort. Er lebt in den Herzen seiner Landsleute weiter.

Es gibt keine Worte, die die Trauer wiedergeben könnten, die wir über den Verlust empfinden. Es gibt keine Worte, die stark genug sind, um unserer Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, den Schwung Amerikas nach vorne, den er eingeleitet hat, fortzuführen.

Unser Land wird zu seinen Verpflichtungen stehen — von Südvietnam bis West-Berlin. Wir werden in dem Streben nach Frieden unermüdlich sein, wir werden in unserer Suche nach Gebieten der Übereinstimmung selbst mit denen, mit denen wir verschiedener Meinung sind, ideenreich sein, und wir werden großzügig und loyal zu denen stehen, die sich mit uns in der gemeinsamen Sache zusammenschließen.

In diesem Zeitalter, in dem es keine Verlierer im Frieden und keine Sieger im Krieg geben kann, müssen wir die Verpflichtung erkennen, nationale Stärke mit nationaler Zurückhaltung aufzuwiegen — müssen wir gleichzeitig auf beides, die Konfrontation der Stärke und die Beschränkung der Stärke, vorbereitet sein — müssen wir bereit sein, die nationalen Interessen zu verteidigen und über das gemeinsame Interesse zu

verhandeln. Dies ist der Weg, den wir weiter verfolgen werden.

Diejenigen, die unseren Mut auf die Probe stellen, werden finden, daß er stark ist. Und diejenigen, die unsere Freundschaft suchen, werden finden,



John F. Kennedy bei seinem Besuch in Berlin

daß sie aufrichtig ist. Wir werden erneut beweisen, daß der Stärke in der Anwendung der Stärke gerecht und daß der Gerechte in der Verteidigung der Gerechtigkeit stark sein kann. Und alle sollen wissen, daß wir niemand Sonderrechte gewähren, aber auch niemand mit Haß verfolgen werden.

Wir werden der gesamten Nation dienen und nicht nur einem Teil oder einem Sektor oder

einer Gruppe — sondern allen Amerikanern. Dies nämlich sind die Vereinigten Staaten — ein vereintes Volk mit einheitlicher Zielsetzung.

Hier aus diesem Hause einer repräsentativen Regierung soll alle Welt wissen — und niemand soll uns mißverstehen —, daß sich diese Regierung erneut verpflichtet

- zur unerschütterlichen Unterstützung der Vereinten Nationen,
- zur ehrenhaften und entschlossenen Durchführung unserer Verpflichtungen gegenüber allen unseren Verbündeten,
- zur Aufrechterhaltung einer militärischen Stärke, die keiner anderen unterlegen ist,
- zur Verteidigung der Stärke und der Stabilität des Dollars,
- zur Erweiterung unseres Außenhandels,
- zu einer Verstärkung unserer Programme der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit in Asien und Afrika und
- zur Förderung unserer Allianz für den Fortschritt in der westlichen Hemisphäre.

Heute, in diesem Augenblick neuer Entschlossenheit, möchte ich meinen amerikanischen Mitbürgern zurufen: Laßt uns fortfahren.

Ich werde darauf bestehen, daß die Regierung für jeden Dollar, den sie ausgibt, auch den vollen Gegenwert erhält. Die Regierung wird ein Beispiel an Umsicht und Sparsamkeit geben. Dies soll nicht bedeuten, daß wir bestehende Not nicht bei uns beseitigen oder daß wir nicht zu unseren Verpflichtun-

(Fortsetzung auf Seite 7)

# John F. Kennedy zum Erntegedenktag

## Eine nachgelassene Proklamation

In einer hinterlassenen Botschaft an die amerikanische Bevölkerung hat der ermordete Präsident John F. Kennedy an die noch ungelösten Aufgaben erinnert, die die Nation erfüllen müsse. Die Botschaft zum Erntedanktag wurde auf eine Bitte des neuen Präsidenten Lyndon Johnson gestern in den Kirchen der Vereinigten Staaten verlesen.

Die Botschaft Präsident Kennedys hat folgenden Wortlaut: „Vor mehr als drei Jahrhunderten bestimmten unsere Vorfahren, die sich in Virginia und Massachusetts angesiedelt hatten, einen Termin zum Dank. Am festgesetzten Tage stellten sie ihren ehrfurchtsvollen Dank ab für ihre Sicherheit, für die Gesundheit ihrer Kinder, für die Fruchtbarkeit ihrer Felder, für die Liebe, die sie miteinander verband, und für den Glauben, der sie mit ihrem Gott vereinte.

Als die Kolonien die Unabhängigkeit erlangten, proklamierte daher auch unser erster Präsident im ersten Jahr seiner ersten Amtszeit den 26. November 1789 zu „einem Tag der öffentlichen Dankbarkeit und des Gebetes, der begangen werden soll durch das aus dankbarem Herzen kommende Anerkennen der vielen außerordentlichen Gnaden des allmächtigen Gottes“. Und er rief die Bevölkerung der neuen Republik auf, „ihn anzuflehen, uns unsere nationalen und anderen Vergehen zu verzeihen ... die Kenntnis und Ausübung wahrer Religion und Tugend zu fördern ... und allgemein der ganzen Menschheit ein solches Maß gegenwärtigen Wohlstandes zu gewähren, das er allein als das beste kennt“.

Mitten in Amerikas tragischem Bürgerkrieg hat daher auch Präsident Lincoln den letzten Donnerstag im November zu einem Tag proklamiert, an dem wir unsere Dankbarkeit für Amerikas „fruchtbare Felder“, für unsere „nationale Stärke und Kraft“ und für alle „einzigarti-

gen Wohltaten und Gnaden, die wir erhalten haben“, erneuern.

Eine lange Zeit ist vergangen, seit die ersten Kolonisten an die felsigen Küsten und dunklen Wälder eines unbekanntes Kontinents kamen, eine lange Zeit, seit Präsident Washington ein junges Volk in die Erfahrungen einer Nation führte, eine lange Zeit, seit Präsident Lincoln erlebte, wie die amerikanische Nation durch die Prüfung des Bürgerkrieges ging — und in diesen Jahren haben unsere Bevölkerung, unser Reichtum und unsere Kraft zusehends zugenommen.

Heute sind wir eine Nation von fast 200 Millionen Menschen, die sich von Küste zu Küste erstreckt, in den Pazifik hinein und nach Norden bis zur Arktis, eine Nation, die die Früchte einer stets expandierenden Landwirtschaft und Industrie genießt und einen Lebensstandard erreicht, wie er in der Geschichte unbekannt war. Wir statten dafür unseren demütigen Dank ab. Wie unsere Stärke zugenommen hat, so hat aber auch die uns drohende Gefahr zugenommen. Heute danken wir in erster Linie für die Ideale von Ehre und Glauben, die wir von unseren Vorfahren ererbt haben — für die ehrliche Absicht, die unerschütterliche Entschlossenheit und die Willensstärke, für den Mut und die Demut, die sie besaßen, und der wir jeden Tag nachzueifern uns bestreben. Wenn wir unse-

ren Dank abstatten, dürfen wir nicht vergessen, daß nicht die Worte die höchste Würdigung sind, sondern ein Leben nach diesen Worten.

Laßt uns daher der Vorsehung unsere Dankbarkeit für die vielfältigen Gnaden erweisen — laßt uns demütig dankbar für die ererbten Ideale sein — und laßt uns beschließen, diese Gnaden und Ideale mit unseren Mitmenschen in der ganzen Welt zu teilen.

Ich, John F. Kennedy, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, proklamiere hiermit in Erfüllung der gemeinsamen Entschliebung des Kongresses vom 26. Dezember 1941, mit der der vierte Donnerstag im November jedes Jahres zum Thanksgiving - Tag bestimmt wird, den Donnerstag, den 28. November 1963, zum Tag des nationalen Dankes.

Laßt uns an diesem Tage in den dem Gottesdienst geweihten Stätten und in den von familiärer Zuneigung gesegneten Heimen zusammenkommen, um unsere Dankbarkeit für die prächtigen Gaben Gottes auszudrücken, und laßt uns ernst und demütig darum beten, daß er uns weiter bei den großen unvollendeten Aufgaben führen und leiten möge, Frieden, Gerechtigkeit und Verständnis unter allen Menschen und Nationen zu erreichen und Not und Leiden ein Ende zu bereiten, wo immer sie bestehen.“

## „Notfalls für Berlin kämpfen“

Washington — Die überwiegende Mehrheit der Amerikaner ist bereit, die Garantien für Berlin zu verteidigen, auch wenn es den Krieg bedeuten könnte. Dieses Ergebnis brachte eine Meinungsumfrage der Zeitung „Washington Post“.

Um jeden Preis wollen jetzt 68 Prozent der Befragten die US-Garantien unterstützen; im August hatten sich noch 75 Pro-

zent für eine „harte“ Haltung in der Berlin-Frage ausgesprochen. Die Abnahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß jeder vierte Amerikaner glaubt, daß Chruschtschow mehr als früher den Frieden brauche. Andererseits waren 60 Prozent der Auffassung, daß trotz Teststop-Vertrag kein echter Wandel bei den Sowjets eingetreten ist.

# Bonn hat volles Vertrauen zu Johnson Berlin-Besuch in guter Erinnerung

Bonner Regierungskreise sehen der Amtszeit des neuen Präsidenten Johnson jetzt mit großer Zuversicht entgegen. Wie verlautet, haben Amerika-Experten der Bundesregierung während des Wochenendes die Archive nach aufschlußreichen Erklärungen Johnsons zu außenpolitischen, besonders aber deutschen Problemen, durchsucht. Sie sind dabei auf die, wie es heißt, „denkwürdige Rede“ Johnsons gestoßen, die er kurz nach der Errichtung der Berliner Mauer vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin gehalten hat.

In dieser Ansprache zu einem Zeitpunkt tiefster Depression auf westlicher Seite habe Johnson mit echter politischer Leidenschaft die Sache Deutschlands, Berlins und damit die Sache der Freiheit vertreten. Er habe dabei eine Identität der amerikanischen mit den deutschen Auffassungen zur Lösung der deutschen Probleme bekundet. Im übrigen, so wird hinzugefügt, seien für die außenpolitischen Entscheidungen aller amerikanischen Präsidenten unserer Zeit bestimmte unveränderliche machtpolitische Faktoren maßgebend, so daß Präsident Johnson im Grunde genommen auch gar nicht viel

anderes übrigbleibe, als Kennedys Kurs fortzuführen.

Johnson verfüge nach Meinung der Bonner Amerika-Experten wahrscheinlich auch über eine stärkere innenpolitische Erfahrung als Kennedy beim Umgang mit dem in den letzten Jahren recht widerspenstigen amerikanischen Kongreß. Eine Situation etwa, wie sie Präsident Truman bei Kriegsende als Nachfolger Roosevelts mit Unkenntnis über die Existenz einer amerikanischen Atombombe vorgefunden habe, werde sich also bei einem so ausgereiften Politiker wie Johnson nicht wiederholen.



Präsident Lyndon Johnson während seines Besuches in Berlin

achtungsplattform“. Dieser neue Satellit soll die Erde innerhalb von sechseinhalb Tagen in einer weiten elliptischen Bahn umkreisen.

London — „Große Befriedigung lösten die Erklärungen des neuen US-Präsidenten in London aus. Johnsons Rede habe viele der Fragen beantwortet, die in den letzten Tagen in Westeuropa mit Besorgnis gestellt worden seien.

Moskau — Noch am gleichen Tage ist Johnsons Rede in Moskau von der amtlichen Agentur TASS im Wortlaut veröffentlicht worden. Besonders unterstrichen wurde die Forderung des Präsidenten, unaufhörlich nach dem Frieden zu streben. In nicht-offiziellen ersten Äußerungen in maßgeblichen politischen Kreisen Moskaus wurde „vorsichtige Zustimmung“ deutlich.

New York — Bei den Delegierten der Vereinten Nationen wurde die Johnson-Rede als „gut und aufmunternd“ bezeichnet. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, der gestern mit General Clay und dem führenden Oberkommissar McCloy konferierte, erklärte, die Rede Johnsons habe ihm volles Vertrauen in die Zukunft gegeben.

## Militärisch dem Ostblock überlegen

Mit Beginn nächsten Jahres werden die USA 475 interkontinentale Raketen mit Atomsprenköpfen besitzen. Soweit bekannt, verfügen die Sowjets über rund hundert derartiger Waffen. Dies geht aus dem heutigen Bericht des „Instituts für strategische Studien“ hervor.

Das mit finanzieller Unterstützung der Ford- und Rockefeller-Stiftungen arbeitende Institut gilt allgemein autoritativ. In seinem Bericht über das militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West kommt es zu dem Ergebnis, daß schätzungsweise die Stärke der US-Streitkräfte 2,7 und die der UdSSR 3,3 Millionen Mann beträgt. Stellt man jedoch die Gesamtstärke der NATO der des Ostblocks gegenüber, so ergibt sich ein westliches Übergewicht von 7,92 Millionen Mann gegenüber 7,52 Millionen der kommunistischen Welt einschließlich Chinas.

Außer den interkontinentalen Raketen besitzen die USA etwa 1300 strategische Bombenflugzeuge und zehn Atomunterseeboote mit je sechzehn „Po-

laris“-Raketen. Die strategische Luftflotte der Sowjets dürfte nach den vorliegenden Informationen 1200 Flugzeuge zählen.

### Kurz gemeldet

#### Riesenrakete gestartet

Auf dem Versuchsgelände von Kap Canaveral haben die Vereinigten Staaten einen Raumfahrt-Doppelversuch unternommen, dessen zweiter Teil, der Start einer 150 Tonnen wiegenden Centaur-Rakete in eine Bahn um den Globus, bereits als erfolgreich betrachtet werden kann. Der erste Teil des Unternehmens war der Start einer „Interplanetarischen Beob-

# Die Berliner nahmen Abschied von dem



Berlin hat Abschied von John F. Kennedy genommen. 260 000 Menschen standen schweigend auf dem Vorplatz des Rathauses Schöneberg, der jetzt den Namen „John-F.-Kennedy-Platz“ trägt und die Berliner für alle Zeiten an ihren großen Freund jenseits des Atlantiks und an jenen 26. Juni 1963 in Berlin erinnern wird. Es war die größte Trauerkundgebung nach dem Kriege in Berlin.

## Unser Ziel bleibt die Wiedervereinigung

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers  
vor dem Deutschen Bundestag

Der neue Kanzler versicherte, daß er sich über alle Parteien hinweg als Sachwalter des deutschen Volkes fühlen und aus dieser Verantwortung heraus handeln werde. Er mahnte seine Kabinettskollegen, ein zu enges Ressortdenken zu überwinden und sich dem Ganzen verantwortlich zu fühlen. „Den Gefahren, die der Bundesrepublik drohen, werden wir um so wirksamer begegnen können, je stärker wir unsere Kräfte sammeln und sie der Zukunft unseres Volkes nutzbar machen.“

Nach einem so bedeutsamen Abschnitt in der Geschichte Deutschlands, der durch Konrad Adenauer geprägt worden sei, könne eine Regierungserklärung nicht auf die Forderung des Tages beschränkt sein. „Ich bin mir zu bewußt, welches schwere, aber auch reiche Erbe ich mit dem Regierungswechsel übernehme, das zu wahren mir aufgegeben ist.“ Und zu Adenauer gewandt, sagte Erhard:

„Das wir für den freien Teil unseres Vaterlandes einen geachteten Platz im Kreise der

freien Welt erringen konnten, ist in erster Linie Ihr Verdienst, und daß unsere Brüder und Schwestern jenseits der Zonengrenze darauf hoffen dürfen, es werde und möge auch für sie bald die Stunde der Freiheit schlagen“, erklärte der neue Bundeskanzler, „verdankt das deutsche Volk Ihrer nimmermüden Arbeit und Ihrer überzeugenden Haltung, die uns wieder Vertrauen und Freude in der Welt finden ließen. Ich bitte Sie, mir als Ihrem Nachfolger auch in Zukunft Ihren Rat nicht zu versagen.“

Erhard mahnte im Namen des deutschen Volkes Regierung und Parlament, über Interessenwünsche hinweg sich entschiedener den prinzipiellen

# toten amerikanischen Präsidenten



Im Schweigemarsch zogen nach Mitternacht Zehntausende Berliner mit Fackeln zum Gedenken Präsident Kennedys vom Steinplatz zum Rathaus Schöneberg Foto: Wunnicke

Fragen der Politik zuzuwenden. Vor allem junge Menschen wollten nach übergeordneten Werten und Maßstäben handeln. Sie erwarteten, daß sich auch der Staat an diese Maxime halte. „Unsere Jugend will vor Aufgaben gestellt werden“, betonte Erhard. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat sei nur so lange gesichert, wie die politischen Verantwortlichen durch ihr eigenes Verhalten das gute Beispiel vorlebten.

## Verständigung und Ausgleich

Erhard betonte, daß in einer sich bewegenden Welt die deutsche Politik nicht erstarren dürfe. „Aber wir haben die Pflicht, in der Verfolgung der Ziele unserer Politik fest zu bleiben.“ Ihre Zielstrebigkeit und ihre Vitalität bedeuteten keine Machtpolitik. Die deut-

sche Politik sei eine Politik der Mitte, die um die Notwendigkeit der Verständigung und des Ausgleichs wisse. In einer Welt, die immer mehr nach Weite strebe, bedürfe ein freies Volk eines gesunden nationalen Selbstbewußtseins.

Erhard erklärte, die Bundesregierung sei der Auffassung, daß Kontakte und Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nützlich sein könnten und daß sie mit dem Ziele fortgesetzt werden sollten, zu prüfen, ob es Möglichkeiten eines Abbaus der Spannungen gäbe. Die Bundesregierung halte an der Forderung nach einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung fest. Sie erscheine als der einzige sichere Weg, um den Ausbruch eines Krieges endgültig unmöglich zu machen.

„Es ist unsere Pflicht, immer

erneut die Aufmerksamkeit der Welt auf die ungelöste deutsche Frage zu lenken“, betonte der neue Bundeskanzler. „Die Bundesregierung erhebt auf Grund des Mandats, das das Grundgesetz und das deutsche Volk ihr erteilen, die Forderung, jede sich bietende Möglichkeit in den West-Ost-Gesprächen zu ergreifen, um hinsichtlich der Lösung des Deutschland-Problems Fortschritte zu erzielen.“ Die Deutschlandfrage sei eine der Hauptursachen für die Spannungen in der Welt, „und man kann nicht hoffen, diese Spannungen zu beseitigen, wenn die Deutschlandfrage ungelöst bleibt“.

Die Bundesregierung werde nicht bereit sein, Maßnahmen zu akzeptieren, „die den unbefriedigenden Stand, in dem sich das Deutschland-Problem be-

Fortsetzung auf Seite 6)



Erhard als neuer Bundeskanzler in Berlin

## Erhard: Keine Kredite für den Osten Antwort auf Angriffe Moskaus

Die Bundesregierung lehne langfristige Kredite an die Sowjetunion und an den Ostblock ab, solange dort nicht ein echter Wille zur Entspannung und Verständigung erkennbar sei. Dies erklärte Bundeskanzler Erhard auf dem „kleinen Parteitag“ der CDU in Bonn vor rund 1800 Mitarbeitern der CDU.

Mit Nachdruck wehrte sich der Kanzler gegen die sowjetischen Diffamierungen der Bundesrepublik. An den Westen richtete er einen Appell zur Einheit. Bei seinen bevorstehenden Besuchen in Paris und Washington werde er versuchen, in allen widerstrebbenden Fragen

der europäischen und atlantischen Politik eine Übereinstimmung zwischen den Verbündeten herbeizuführen.

### Unser Ziel bleibt . . .

(Fortsetzung von Seite 5)

findet, statt zu verbessern, verschlechtern würden — sei es, daß durch sie die unnatürliche Teilung unseres Landes sanktioniert oder gefestigt würde, sei es, daß eine Anerkennung oder auch nur eine internationale Aufwertung des Regimes der sowjetisch besetzten Zone mit ihr verbunden wäre“.

Die sowjetische Haltung gegenüber der deutschen Frage beruhe auf einem Irrtum, sagte Erhard. Den sowjetischen Interessen sei durch die Teilung Deutschlands nicht gedient. Es werde das ständige Bemühen der Bundesregierung sein, in dem Verhältnis zur Sowjetunion eine auf gegenseitige Achtung vor den Lebensrechten beruhende Normalisierung herbeizuführen. „Die Regierung ist zu einer Verbesserung des Verhältnisses mit den osteuropäischen Staaten bereit und wird Schritt für Schritt prüfen, wie auf beiden Seiten Vorurteile abgebaut werden könnten.“ Sie wolle auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Wirtschaftsaustausch mit diesen Ländern erweitern.

Als unabhängige Grundsätze der deutschen Berlin-Politik bezeichnete Erhard:

▲ Jede neue Vereinbarung über Berlin müsse auf den Rechten der Alliierten aufbauen, die nach internationalem Recht in Berlin anwesend und für Berlin zuständig seien.

▲ Der freie Zugang nach Berlin müsse ungeschmälert aufrechterhalten bleiben.

▲ Pläne zur Bildung einer „Freien Stadt West-Berlin“ seien undiskutabel, da Berlin zum freien Teil Deutschlands gehöre und die enge politische, rechtliche und wirtschaftliche Verflechtung mit der Bundesrepublik ein Grundpfeiler der Lebensfähigkeit der Stadt sei.

▲ Jede Vereinbarung über Berlin habe den eindeutigen Willen der Berliner zu achten, „die in den letzten achtzehn Jahren der Welt mutig und unverzagt gezeigt haben, daß sie zu Deutschland und der freien Welt gehören“.

„Die Bundesregierung wird ihr ganzes Bemühen darauf richten, durch neue Aktivität in der politischen Formierung Europas Fortschritte zu erreichen“, sagte Erhard. Diesem Ziel solle auch der deutsch-französische Vertrag nutzbar gemacht werden. Alle Fragen der europäischen Politik rückten die Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volk in den Mittelpunkt. „Es liegt mir am Herzen, zu versichern, wie sehr ich bereit bin, in den Beziehungen zu Frankreich die Haltung und Gesinnung des Vertrauens und Verständnisses zu bezeugen.“

# Heute vor 5 Jahren berüchtigtes Berlin-Ultimatum

Vor fünf Jahren setzte Chruschtschow zu einer Aktion an, die den Weltfrieden mehr als alles andere zuvor gefährdete. Vor fünf Jahren ließ er sein berüchtigtes Berlin-Ultimatum los, von dem er sich nicht etwa nur die Einverleibung West-Berlins in seinen Machtbereich, sondern auch das Herausbrechen der Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis, im Grunde also den Beginn der großen westlichen Kapitulation versprach.

Es bereitet nahezu Vergnügen, ein makabres Vergnügen allerdings, jene sowjetische Note an die USA vom 27. November 1958 heute noch einmal zu lesen. Da ist nicht nur inmitten eines ungeheuren Wortschwalls davon die Rede, daß die Lage in Berlin eine akute Kriegsgefahr darstelle, die auf dem schnellsten Wege beseitigt werden müsse. Da heißt es nicht nur, daß die Sowjets die interalliierten Abkommen vom 12. September 1944 und 1. Mai 1945 über die Besetzungszonen Deutschlands und die Verwaltung Groß-Berlins als außer Kraft gesetzt betrachteten. Und da steht nicht nur die als „Kompromiß“ (an Stelle der laut Moskau eigentlich fälligen Annexion durch Pankow) ausgegebene Forderung nach der „Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte, neutrale freie Stadt“.

Vielmehr stehen da auch diese Sätze:

„Wenn jedoch die genannte Frist (sechs Monate, d. R.) nicht zur Erzielung einer entsprechenden Übereinkunft benutzt wird, so wird die Sowjet-

union die vorgesehenen Maßnahmen durch Vereinbarungen mit der DDR verwirklichen. Dabei ist daran gedacht, daß die Deutsche Demokratische Republik, wie jeder andere selbständige Staat, voll und ganz in den Fragen verfügen muß, die ihren Raum betreffen, d. h. sie muß ihre Souveränität zu Lande, zu Wasser und in der Luft verwirklichen. Gleichzeitig werden alle bis jetzt bestehenden Kontakte der Vertreter der Streitkräfte und der anderen offiziellen Persönlichkeiten der Sowjetunion in Deutschland mit den entsprechenden Vertretern der Streitkräfte und der anderen offiziellen Persönlichkeiten der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs in den Berlin betreffenden Fragen eingestellt.“

Und an anderer Stelle heißt es: „Sollte dieser Vorschlag aber für die Regierung der USA unannehmbar sein, so verbleibt für die Verhandlungen zwischen den ehemaligen Besatzungsmächten in der Berliner Frage kein Gegenstand.“

Heute, fünf Jahre danach, kann nicht einmal die ausgefeilteste dialektische Verdrehungskunst darüber hinwegtäuschen, daß keine dieser Ankündigungen, dieser verbindlichen Erklärungen verwirklicht worden ist. Keine Floskel schafft die Tatsache aus der Welt, daß nicht nur die unverflorene Sechsmonatsfrist, sondern überhaupt jede Frist, die die Sowjets gesetzt hatten, an dem entschlossenen Widerstand aller NATO-Mächte und der Berliner selbst zerschellt ist. Die ganze Flut von Drohungen, Einschüchterungsversuchen und Erpressungen, die jenem 27. November 1958 folgte, brachte nichts, aber auch gar nichts im Sinne der sowjetischen West-Berlin-Forderungen zustande. Im Gegenteil, diese Forderungen mußten Stück für Stück zurückgeschraubt werden.

Der Krenl hat das zum Beispiel in der Erklärung seines Außenministeriums vom vergangenen Donnerstag, in der der amerikanische Protest gegen die Autobahnzwischenfälle zurückgewiesen wurde, offiziell bestätigt. In dieser Erklärung beruft sich die Sowjetregierung für ihre Kontrollansprüche aus-

drücklich auf eine Vereinbarung der alliierten Oberbefehlshaber vom Sommer 1945! Das ist nicht nur eine schwere Ohrfeige für Ulbricht, dessen Souveränitätsanspruch damit glatt übergangen wird, sondern das ist vor allem auch die eigenhändige Widerlegung der Erklärung von vor fünf Jahren, die Sowjetunion betrachte die Besetzungsabkommen von 1944 und 1945 sämtlich als außer Kraft gesetzt. Außerdem haben die Sowjets nicht im Traum daran gedacht, ihre Berlin-Kontakte mit den Westmächten, wie angekündigt, einzustellen.

Wir haben keine Veranlassung, Triumphgesänge über das Scheitern des sowjetischen Berlin-Ultimatums anzustimmen. Immerhin hat Moskau, wenn auch unter schwersten politisch-psychologischen Belastungen,

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansicht- oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

durch den Bau der Schandmauer für seinen Machtbereich eine aus der eigenen Schwäche resultierende Tatsache geschaffen, an der Millionen leiden. Aber das Ganze enthält doch die ungeheuer wichtige Lehre, wie wenig sowjetische Worte, wie wenig noch so feierliche Erklärungen Chruschtschows bedeuten, wenn ihnen unüberwindliche Tatsachen entgegenstehen.

Dieses traurige „Jubiläum“ hat bewiesen, daß die Zeit gegen die Sowjetunion arbeitet, wenn nur die freie Welt der Furcht nicht erliegt, in die Chruschtschow sie versetzen will. Und es enthält die Bestätigung dafür, daß auch in der größeren Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht Resignation angezeigt ist, sondern entschlossenes Beharren auf der gerechten Forderung. Alles, was der Krenl heute darüber sagt, wird eines Tages genauso von der Geschichte überrollt wie jenes finstere Ultimatum.

## „Wir stehen zu unseren Verpflichtungen...“

(Fortsetzung von Seite 1)

gen stehen werden. Wir werden beides tun.

Lassen Sie uns dem Lehren und Predigen von Haß, von Bösem und von Gewalt ein Ende bereiten. Wollen wir uns abwenden von den Fanatikern der extremen Linken und der Rechten — von den Aposteln der Bitterkeit und der Bigotterie, von denen, die dem Gesetz Trotz bieten, und von denen, die den Blutstrom unserer Nation vergiften.

## Jahrestagung des Kuratoriums

# „Die Sowjets zur Einsicht bringen“

St. Berlin — Über 1800 Delegierte und Mitarbeiter haben der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, die in der Kongreßhalle begann, einen zahlenmäßig imponierenden Rahmen gegeben. Ungefähr ein Viertel der Teilnehmer waren Vertreter von Jugendorganisationen, Universitäten und Schulen. Diese unerwartet starke Beteiligung junger Menschen an der Tagung in Berlin ist ein Positivum, das man nicht unterschätzen sollte.

Unter dem Motto „Die Wiedervereinigung Deutschlands in der öffentlichen Meinung“ begann die Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Der Berliner Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Gradl, eröffnete in der Kongreßhalle die Tagung.

Dr. Gradl erinnerte an das sowjetische Berlin-Ultimatum vor fünf Jahren und wies auf zwei Lehren aus dem Ringen um Berlin hin. Der sowjetische Wille könne auch unter ungünstigen Umständen politisch bezwungen werden, wenn man ihm fest und entschlossen entgegenetrete. Zweitens: Mit der Unterstützung der Verbündeten könnten die Deutschen um so

sicherer rechnen, je stärker sie durch ihr eigenes Verhalten überzeugten.

### Beitrag zur Friedensregelung

Man müsse, fuhr Gradl fort, das Denken und die Entscheidung der Sowjets zu beeinflussen und zu beschleunigen versuchen. Dazu gehöre die Unabdingbarkeit des deutschen Verlangens nach Selbstbestimmung überzeugend zu demonstrieren und die deutsche Bereitschaft zu vernünftigen Regelungen für den Fall sowjetischen Einlenkens deutlich zu machen.

Die Deutschen forderten nichts Unbilliges, und man sei bereit, jeden vernünftigen Beitrag zu einer echten Friedensregelung zu leisten. In den vierzehn Jahren ihres Bestehens sei die Bundesrepublik zu einem Faktor geworden, den weder der Westen noch der Osten übergehen könne. Diese Bundesrepublik sei nicht nur errichtet worden, um den 55 Millionen Deutschen westlich der Zonen- und Sektorengrenze ein repräsentables staatliches Heim mit ökonomischem und sozialem Komfort zu schaffen. Sie sei auch geschaffen worden, schloß Gradl, um mit ihr für die 17 Millionen Landsleute wirken zu können, die in Mitteldeutschland einem terroristischen Regime ausgeliefert seien.

## Tokio feiert Lübke

In betonte freundschaftlicher Atmosphäre verlief der erste Besuchstag Bundespräsident Lübkes in Japan. In seiner Erwiderung auf die Begrüßung durch Kaiser Hirohito hatte Lübke erklärt, daß er der japa-

nischen Nation die Grüße des gesamten deutschen Volkes überbringe, auch jener 17 Millionen deutscher Bürger, die in der sowjetischen Besatzungszone bis zur Stunde ihren Willen nicht frei bekunden könnten.



Japans Kaiser Hirohito begrüßte mit der Kaiserin Bundespräsident Lübke, als er auf seiner Fernostreise zu einem zehntägigen Staatsbesuch in Tokio eintraf.

### Jeder Sechste ein Deutscher

Der Touristenstrom nach den USA aus den überseeischen Ländern nimmt ständig zu. In den ersten neun Monaten dieses Jahres waren es 557 220 Besucher, also 19 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aus Europa kamen 260 333 Touristen. Nach Mitteilung des United States Travel Service kam dabei etwa jeder sechste Besucher aus der Bundesrepublik und West-Berlin, jeder neunte aus Frankreich und fast jeder dritte aus Großbritannien.